

Guido Lechner  
Uhlandstr. ●  
22087 Hamburg  
Pressestelle / Korruptionsblog.com  
presse@korruptionsblog.com

Herrn  
Bundespräsidenten  
Joachim Gauck  
Spreeweg 1  
10557 Berlin

vorab per Telefax: 030 / 2000 - 1999  
1925

Hamburg, den 22. Dezember 2016

**Beschwerde Nr. 20660 / 2005 / 2013**  
**Lechner ./.** Deutschland  
**Pet 4-16-07-1030-006660 / 2005 / 2013**

**Betrifft:** Anträge u.a. vom 31. Juli 2014 (Anlage 1) auf „**Personenschutz**“ sowie auf „**Internationalen Personenschutz**“.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

hiermit beantrage ich erneut, mit Antrag

### **Personenschutz**

Ich bittet Sie erneut darum, sich dafür einzusetzen, dass die von mir bereits gestellten Anträgen auf „**Personenschutz**“ sowie auf „**Internationalen Personenschutz**“ endlich bearbeitet werden. Ich hat Sie diesbezüglich deswegen schon mehrfach zu seinem Schutz, zuletzt mit Telefax am 31. Juli 2014 (Anlage 1) angeschrieben, aber bisher leider noch keine Antwort erhalten.

1. Zeugnis eines instruierten Mitarbeiters des Europäischer Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, N.N.
2. Zeugnis eines instruierten Mitarbeiters des Internationalen Zivil- und Strafgerichtshofs (IGH) in Den Haag, N.N.
3. Zeugnis eines instruierten Mitarbeiters der UN-Menschenrechtskommission in Berlin und Genf, N.N.
4. Zeugnis instruierter Mitarbeiter der diesen entsprechenden Bundesbehörden, N.N.
5. Zeugnis instruierter Mitarbeiter die internationale Presse, N.N.

Alles in allem handelt es sich somit also gerade nicht um bloße Bagatellangelegenheiten.



Meine Themen u.a. betreffen folgendes (vgl. meiner Homepage [korruptionsblog.com](http://korruptionsblog.com))

Hier nur ein kleiner Ausschnitt:

**Zitrat:** Aus weiteren seriösen Quellen ist mehrfach glaubhaft angetragen worden, dass der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und der SPD-Senat selbst der Freien und Hansestadt Hamburg durch das Landes- und Bundeskriminalamt brisante Gerichtspost / Briefe die an den Kläger gerichtet ist, u.a. wie von der 5. Sektion des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg sowie vom Internationalen Zivil- und Strafgerichtshof (IGH) in Den Haag - die die Bundesrepublik Deutschland und die Freie und Hansestadt Hamburg schwer zu ihrem Nachteil belasten -kontrolliert und diese unterschlägt und vernichten.

Dies ist eine schwerwiegende Verletzung und Unterdrückung des Briefgeheimnisses (§§ 202, 206, 118 StGB).

Derartige Vorgehensweisen wurden bereits mehrfach auch bei ähnlich gelagerten Fällen durch Presseveröffentlichungen bestätigt.

Offensichtlich ist wohl der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), (der Chef der Senatskanzlei Christoph Krupp (SPD) und zugleich der SPD-Senat (Vorzeige-SPD-Mann Johannes Kahrs SPD) selbst der Freien und Hansestadt Hamburg maßgeblich und aktiv mit dem Rotlichtmilieu in der Freien und Hansestadt Hamburg seit Jahren eng verknüpft und verwickelt, indem sie seit Jahren eng mit dem Rotlichtmilieu kollusiv zusammenarbeiten.

Es wurde diesmal nicht direkt über den SPD-Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gegen meine Person aktive Morddrohungen diesmal ausgesprochen (wie früher mehrmals indirekt ausgesprochene Morddrohungen; welches bereits u.a. dem Bundespräsidialamt in Berlin seit Jahren per Telefax nachweislich bekannt und angezeigt wurde), sondern gezielt diesmal direkt über das Rotlichtmilieu der Freien und Hansestadt Hamburg gegen meine Person angetragen; im Zusammenhang und Zusammenwirken (Auftrag) des SPD-Senates der Freien und Hansestadt Hamburg.

Ersten Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), der SPD-Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in kollusiv zusammenwirken mit der hiesigen Justiz der Freien und Hansestadt Hamburg, lässt offensichtlich gezielt über das Rotlichtmilieu der Freien und Hansestadt Hamburg, gezielte Morddrohungen bis hin von Mordaufträge erteilen.

Dies ist unstrittig als terroristischer Akt anzusehen.

Derartige Vorgehensweisen wurden bereits mehrfach auch bei ähnlich gelagerten Fällen durch Presseveröffentlichungen genauso bestätigt.

Alles in allem handelt es sich somit also gerade nicht um bloße Bagatellangelegenheiten.

Ich bitte Sie erneut darum, sich dafür einzusetzen, dass der von mir gestellten Antrag auf „**Personenschutz**“ sowie auf „**Internationalen Personenschutz**“ zu meinem Schutz, daher bearbeitet wird.

Eine inhaltsgleiche Kopie des erneuten Antrags auf berechtigten „**Personenschutz**“ vom 22. Dezember 2016 geht ebenfalls in Kopie vorab per Telefax und per E-Mail zur Aktenname, zur gesamten Kenntnisnahme

u.a. der Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der Internationale Zivil- und Strafgerichtshof (IGH) in Den Haag, die übrigen beteiligten Bundesbehörden, der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Rechtsabteilung), Berlin sowie die UN-Menschenrechtskommission in Berlin und Genf sowie die internationale Presse.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gundula Lechner